Stadt Hilden

Niederschrift

**über die 11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am Mittwoch,
18.05.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Herr Fabian Filatov	CDU	für Rm Wegmann
Herr Fred-Harry Frenzel	CDU	
Herr Peter Groß	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Kevin Peter Schneider	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Kevin Buchner	SPD	
Herr Dominik Stöter	SPD	
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD	
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Rudolf Joseph	FDP	
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden	für Rm Kalversberg

Gäste

Herr Wolfgang Pesch	Kommunal Agentur NRW
Herr Dominik Pieniak	Kommunal Agentur NRW
Herr Martin Wiedersprecher	
zukünftiger Leiter des Amtes für Finanzservice	

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Frau Anja Franke	Stadt Hilden
Kämmerin und Beigeordnete	
Herr Michael Witek	Stadt Hilden
Beratungs- und Prüfungsamt	
Herr Roland Becker	Stadt Hilden
Frau Sonja Ockenfeld	Stadt Hilden
Frau Anke Maurer	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der (öffentlichen) Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 5 Befangenheitserklärungen
- 6 Bericht zur Organisationsuntersuchung des zentralen Bauhofes
WP 20-25 SV 12/004
- 7 Anregungen und Beschwerden
- 7.1 Anregung (016-22) gem. § 24 GO NRW: Verkehrs- und Lärmberuhigung folgender Straßen: Paul-Spindler-Straße/ Friedenstraße/ Mettmanner Straße/ Hagdornstraße
WP 20-25 SV 66/044
- 8 Organisationsentwicklung und Digitalisierung
- 8.1 Sachstandsbericht Digitalisierung
WP 20-25 SV II/010
- 8.2 Live-Stream Ratsitzungen
WP 20-25 SV 01/079
- 8.3 Digitalpakt für Schulen - überplanmäßige Mittelbereitstellung
WP 20-25 SV 10/031
- 8.4 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung
WP 20-25 SV 12/016
- 9 Nachtrag zum Stellenplan - basierend auf der Umorganisation Dezernat III
WP 20-25 SV 12/017
- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der (öffentlichen) Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Pommer, eröffnete die öffentliche Sitzung und begrüßte die anwesenden Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer.

Änderungen zur Tagesordnung

Auf Vorschlag des Ratsmitgliedes Herrn Schneider/CDU, wurde der Tagesordnungspunkt 9 „Nachtrag zum Stellenplan - basierend auf der Umorganisation Dezernat III“ abgesetzt.

Hierzu gab es keine Einwände.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde ergaben sich keine Wortbeiträge.

5 Befangenheitserklärungen

Keine.

6 Bericht zur Organisationsuntersuchung des zentralen Bauhofes WP 20-25 SV 12/004

Die Kommunal Agentur NRW stellte die Organisationsuntersuchung des Zentralen Bauhofs der Stadt Hilden vor und erläuterte seine Ergebnisse.

Rm Toska/Bündnis 90/Die Grünen und Rm Reffgen/BA gaben an, dass sie eine Untersuchung des Krankenstandes und eine Ursachenforschung als wichtig erachten, da die Verwaltung somit Gegenmaßnahmen einleiten könne, um die Personalausfälle zu reduzieren. Des Weiteren wollten sie von der Verwaltung wissen, wie das Fachwissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die kommende Generation weitergegeben werde, um einen Verlust des Wissens zu vermeiden.

Herr Pesch/ Kommunal Agentur NRW antwortete, dass es keine Untersuchung der Krankheitsgründe gegeben habe. Der Krankenstand aus 2017 bis 2020 wurde in die Untersuchung aufgenommen, um die Bereichsaufgaben und Personaldeckung möglichst genau ermitteln zu können.

Beigeordneter Stuhlträger teilte mit, dass die Verwaltung bereits seit einiger Zeit mit dem Arbeitsschutz, dem betrieblichen Gesundheitsmanagement sowie der guten Arbeitsmaterialausstattung für ein gutes Arbeitsklima Sorge. Ebenso sei die Verwaltung bemüht, für ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeitnah einen Ersatz einzustellen. Ebenso soll mit dem Ausbau der Digitalisierung das Wissen und die Datenansammlung vorangetrieben werden.

Rm Joseph/FDP fragte, ob die empfohlene Personalaufstockung sich ausschließlich auf die Führungsebene des Bauhofes beziehe oder auch auf die anderen Bereiche. Des Weiteren gehe aus dem Bericht nicht hervor, ob die Personaldeckung optimal ausgeschöpft werde, um den Standard zu halten. Laut Bericht, weise der Bauhof Schwächen auf. Daher wolle er wissen, welche Schwachstellen aufgefallen seien und ob bereits Verbesserungskonzepte erarbeitet wurden.

Beigeordneter Stuhlträger erklärte, dass mit der geplanten Techniker-Stelle eine bessere Kommunikation und Koordination zwischen Verwaltung, Führungsebene und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erarbeitet werden solle. Ebenso solle jemand eingestellt werden, der/die in den verschiedenen Bereichen zuarbeitete und eine Stelle wurde bereits im Stellenplan aufgeführt, beschlossen und besetzt. Auf dem Bauhof wurde die Zeiterfassung eingeführt und die Umstrukturierung der Software werde in den Fokus genommen, um Leistungen, Informationen und Planungen zielfokussierter einsetzen zu können.

Herr Pesch/ Kommunal Agentur NRW antwortete, dass die Digitalisierung und das Zusammenspiel der Softwareprogramme verbessert werden könne. Dies biete die Möglichkeit, Pflegestufen und Pflegemenge einzutragen und die benötigten Kapazitäten zu errechnen. Die Stadt könne ebenfalls die Intensivität der Pflege und Intervalle präziser koordinieren. Eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung in E-Fahrzeuge und andere Arbeitsmaterialien sollten auch geplant werden, um den Hildener Bauhof klimaneutraler aufbauen zu können.

Das Personalkonzept sei jetzt abgeschlossen, war aber zum Zeitpunkt der Untersuchung in Bearbeitung.

Der Bericht der Kommunal Agentur NRW GmbH zur Organisationsuntersuchung Zentraler Bauhof wurde zur Kenntnis genommen.

- 7.1 Anregung (016-22) gem. § 24 GO NRW: Verkehrs- und Lärmberuhigung folgender Straßen: Paul-Spindler-Straße/ Friedenstraße/ Mettmanner Straße/ Hagdornstraße WP 20-25 SV 66/044
-

Bürgermeister Dr. Pommer verlas den Beschlussvorschlag zu TOP 7.1. Anschließend begrüßte er die Anregungsverfasserin und übergab ihr das Wort.

„Anmerkungen zur Stellungnahme der Stadtverwaltung:

- *Das „Anlieger Frei“ Schild stand 1986 noch an der Paul-Spindler-Straße, Ecke Hochdahler Straße und wurde sogar als Verkaufsargument im Exposé unseres Hauses erwähnt, was das wesentliche Argument zum Hauskauf damals für uns war. Im Wohngebiet, flankiert von der Berliner- und Hochdahler Straße hätten wir sonst das Haus nicht wegen der Kinder gekauft.*
- *Eine Geschwindigkeitsübertretung in der Spielstraße ist tagtäglich zu beobachten; eine Geschwindigkeitskontrolle habe ich in 35 Jahren hier jedoch noch nicht erlebt.*
- *Es geht mir nicht darum, Fremdarker aus dem eigenen Umfeld heraus zu halten, sondern um Lärm- und Emissionsschutz. Übrigens haben wir auf unserem Grundstück zwei weitere Parkplätze geschaffen- eine Steigerung um 200%.*
- *Der „kleinere Altbau“ in der Mettmanner Str. mit 3 Wohnungen wurde durch einen Neubau mit 10 Wohnungen ersetzt. Da die meisten Häuser im Wohnviertel alt sind, ist eine ähnliche Verdichtung durch Abriss und Neubau zu erwarten, ebenso wie einer Steigerung des Verkehrs.*
- *Der Schleichweg ist durch das Befahren Paul- Spindler, Mettmanner, Nordstr. und Mozart Straße möglich.*
- *Im Eckbereich Frieden- Paul Spindler Str. stehen zwei Anhänger auseinandergedezogen, um sich dort einen Parkplatz freizuhalten (indem der täglich dort parkende Autofahrer die Anhänger zusammenschiebt).*
- *Die Verkehrsüberwachung kontrolliert und sanktioniert nicht das Parken auf dem Sperrstreifen.*

Die Erstellung des Mobilitätskonzeptes sieht ausdrücklich eine Beteiligung der Bürger vor, was ich sehr begrüße, denn sie kennen ihre Stadt und haben ein großes Interesse an guten Lebensbedingungen in ihr. Dies trifft auch für die Verkehrs- und Lärmberuhigung zu. Eine Wiedereinführung der Anliegerstraße und die Kontrolle des östlichen Bereiches Paul-Spindler-Straße und des Eckbereiches der Kurve zur Friedenstraße, wo kein Auto ohne Abstand parken darf, wäre schon jetzt umzusetzen. Die Umsetzung des Mobilitätskonzeptes dauert noch lange.“

Rm Reffgen/BA beantragte, die Anregung im Stadtentwicklungsausschuss zu beraten. Viele Anregungen bedürfen der thematischen Vertiefung und gab der Anregungsverfasserin zum Hinweis, dass ihr Anliegen im Stadtentwicklungsausschuss ausführlicher diskutiert werden würde.

Bürgermeister Dr. Pommer verwies darauf, dass der kommende Stadtentwicklungsausschuss am 10.08.2022 stattfinden werde und es dann erneut zu Beratung kommen werde.

Daraufhin ließ Bürgermeister Dr. Pommer über den Verweis an den Fachausschuss abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgerantrag wird zur fachlichen Bewertung und Entscheidung an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

Rm Joseph/FDP teilte mit, dass seine Fraktion vermehrt Beschwerden über die Onlinevergabe von Terminen erhalte. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit diesen Onlineservice in Anspruch zu nehmen und müssen ihre Termine vor Ort oder telefonisch regeln können. Daher möchte seine Fraktion, dass das Hybridverfahren weitergeführt werden solle. Ebenso solle der Seniorenbeirat zu dieser Thematik einbezogen werden, um die Interessen der Bevölkerungsgruppe zu vertreten.

Kämmerin und Beigeordnete Franke antwortete, dass auf Grund der Corona-Pandemie eine Telefonhotline eingerichtet wurde. Diese habe das Bürgerbüro bei der Terminvergabe unterstützt. Dieses zusätzliche Personal ist nun entfallen und somit sei eine Umstrukturierung notwendig. Die Digitalisierung ist nicht für jeden händelbar, allerdings eine Überbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch nicht tragbar. So hat zum Beispiel die Infotheke der Stadt Hilden auch weitere Aufgaben, die sie bewältigen muss. Daher könne die Terminvergabe nicht ausschließlich auf eine Stelle übertragen werden, sondern muss personell auch händelbar sein.

Rm Reimann/Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob das Budget für das geplante Relaunch-Projekt im Haushalt berücksichtigt wurde. Ebenso wolle sie wissen, ob das Projekt extern oder intern bearbeitet werden solle und welches Betriebssystem plane die Verwaltung zu verwenden.

Herr Becker/Bürgermeisterbüro sicherte zu, die Frage zum Betriebssystem mit dem Fachbereich abzuklären und in den kommenden Tagen ihr eine Antwort zukommen lasse. Er bestätigte, dass das Budget bereits im Haushalt eingeplant und die Umsetzung des Projektes intern erfolgen werde.

Rm M. Münnich//Bündnis 90/Die Grünen bat die Verwaltung darauf zu achten, dass die Digitalisierung zwar vorangetrieben werden solle, jedoch die Ausgrenzung einer Bevölkerungsgruppe nicht hinnehmbar sei.

Rm Groß/CDU informierte die Verwaltung dahingehend, dass die telefonische Erreichbarkeit der Verwaltung mangelhaft sei. Er wolle wissen, ob dies an der neuen Telefonanlage liege oder ob es aus personellen Gründen hier zu einer mangelnden Erreichbarkeit komme. Die Verwaltung solle daher die technischen Möglichkeiten prüfen und entsprechend nachrüsten.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Digitalisierung zur Kenntnis.

Rm Groß/CDU teilte dem Ausschuss mit, dass seine Fraktion differenziert zu diesem Thema stehe und las den Änderungsantrag vor.

„Abschnitt „Vereinbarungen1 Regeln“ Unterpunkt C2 Der Text „Von einer Redezeitbegrenzung wird zunächst abgesehen“ soll ersetzt werden durch den Text:

Die Rahmenbedingungen sollen unter Punkt 02 wie folgt geändert werden Die Fraktionen / Gruppen / Einzelvertreterinnen reichen im Vorfeld der Ratssitzung eine Rede-Liste ein. Hier werden die Rednerinnen zu den Tagesordnungspunkten benannt.

Weiter gilt: Jede Rednerin, jeder Redner erhält einmalig 4 Minuten Redezeit zum behandelten Thema. Ausnahme von der Regelung bilden Haushaltsreden bzw. Aussprachen zum Haushalt.

Um unnötigen Personalaufwand zur Überwachung der Redezeiten zu vermeiden, beantragen wir hierzu die Anschaffung einer Stoppuhr mit Lichtsignal zum Preis von EUR 29,95.

Begründung

Das Rederecht gehört unbestritten und selbstverständlich zu den Grundrechten eines jeden Ratsmitgliedes. So soll es auch sein. Es gilt jedoch nicht unbegrenzt, sondern wird durch die Erfordernisse eines ordnungsgemäßen Geschäftsgangs des Rates begrenzt.

Das Rederecht, genauer gesagt die mit ihm zusammenhängende Redezeit kann, ja muss sogar in diesem Kontext zur Sicherung der Effektivität und Funktionsfähigkeit des Rates konkret definiert werden.

Anders, als es die Stellungnahme der Verwaltung suggeriert, haben wir die Wahrnehmung, dass der Rat — und nicht nur der - vielfach durch zeitlich langanhaltende Redebeiträge einiger weniger Mitglieder gekennzeichnet ist. Auch das mehrmalige Wiederholen von Argumentationsketten trägt hierzu bei.

Wir möchten an dieser Stelle auch die Tatsache ansprechen, dass Entscheidungen des Rates in der Regel in Fraktionen und in den Fachausschüssen des Rates vorberaten und schon so weit abgestimmt wurden, dass eine Änderung des dabei entstandenen Meinungsbildes im Rat eher die Ausnahme ist. Es ist daher in den meisten Fällen völlig unnötig, die Fachdiskussion im Rat erneut zu initiieren. Zudem muss man sich die Frage stellen, wozu es dann die Fachausschüsse überhaupt gibt, wenn im Rat die Themen wieder in epischer Breite ausgerollt werden.“

Rm K. Buchner/SPD sagte, dass seine Fraktion die Begrenzung der Redezeit ebenfalls begrüße und schlug vor, die Sitzungsvorlage bis zur kommenden Ratssitzung auszuarbeiten und mehrere Optionen aufzuführen.

Rm Toska/Bündnis 90/Die Grünen und Rm Reffgen/BA teilten mit, dass ihre Fraktionen den Livestream begrüßen. Als Hilfestellung könne die Kreistagssitzung dienen. Dem CDU Antrag werden die Fraktionen nicht folgen, da eine spontane Fachdiskussion möglich bleiben solle.

Rm Prof. Dr. Bommermann/AfD bat die Verwaltung, die Rechte an dem Bildmaterial der Ausschusssitzungen zu prüfen, um zum Beispiel die Haushaltsrede für Werbezwecke nutzen zu können.

Rm Joseph/FDP erklärte, dass die Redezeitbegrenzung bereits in der Geschäftsordnung geregelt werde und die Mitgliederinnen und Mitglieder davon Gebrauch machen können. Auch seine Fraktion empfehle die Orientierung des Livestreams am Kreistag.

Rm M. Münnich/ Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass die Onlineübertragung und die Redezeitbegrenzung zur kommenden Ratssitzung differenziert dargestellt werden sollte.

Daraufhin ließ Bürgermeister Dr. Pommer über den Verweis an den Rat der Stadt Hilden abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss die als Anlage beigefügten Rahmenbedingungen für den im Jahr 2023 vorgesehenen einjährigen Test eines Livestreams der Sitzungen des Rates.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig an den Rat der Stadt Hilden verwiesen in Abwesenheit Rm Brehmer/SPD.

Rm Schneider/CDU fragte, ob die Schulen über die Budgeterhöhung oder das Zusteuern von Tablets informiert worden seien.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen und Rm K. Buchner/SPD teilten mit, dass bereits die ersten Tablets ausgeteilt und bereitgestellt wurden. Jedoch sei nicht klar kommuniziert worden, ob die Tablets nun kostenfrei oder entgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen. Hier solle die Verwaltung in die Kommunikation mit den Schulen treten.

Kämmerin und Beigeordnete Franke gab an, dass die Verwaltung nicht im Vorfeld mit den Schulen in Kontakt getreten sei, da die Entscheidung des Gremiums noch ausstand.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass für den 01.06.2022 eine Schulleiterkonferenz angesetzt wurde und dann werde die Verwaltung mitteilen, wie hier heute entschieden wurde.

Rm Joseph/FDP sagte, dass seine Fraktion den Fortschritt begrüße und wolle wissen, ob das Budget in Höhe von 88.000 Euro ein kontinuierlicher Beitrag werden würde.

Kämmerin und Beigeordnete Franke antwortete, dass das Geld bereits im Haushalt und im Haushaltskonsolidierungsverfahren berücksichtigt wurde.

Beschlussvorschlag:

1. Der Hauptausschuss empfiehlt die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Produkt 011001 - Technikunterstützte Informationsverarbeitung in Höhe von 146.700 €.

2. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Produkt 011001 - Technikunterstützte Informationsverarbeitung in Höhe von 146.700 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen in Abwesenheit von Rm Brehmer/SPD.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Verwaltungsmodernisierung zur Kenntnis.

Unter „Änderung der Tagesordnung“ wurde entschieden, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Keine.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 18:49 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum 02.06.2022
Vorsitzender

Sonja Ockenfeld / Datum 30.05.2022
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum 31.05.2022
Leiter Team Bürgermeisterbüro